

3. England.

1. Jan. Der neue Mayor von Cork in Irland ist ein entschiedener Fenier und verweigert zuerst den vorgeschriebenen Amtseid zu leisten, bequemt sich aber schließlich doch dazu. Die ganze Stadt ist in größter Aufregung.
9. „ (Ostindien). Die Reste der Expedition werden aus dem Hazaralande abberufen. Lord Mayo, der neue Vicekönig, landet in Calcutta und übernimmt seine Functionen. Der abtretende Vicekönig Sir John Lawrence ergreift die Gelegenheit bei einem ihm gegebenen Abschiedsbankette, um sich über seine und Englands bisherige Politik bez. Mittelasien öffentlich auszusprechen:
„Ich habe alle Vorgänge in jenen fernen Landschaften scharf beobachtet. Allerdings habe ich mich entschlossen gestemmt gegen jeden Vorschlag, der mir die indobritische Regierung zu einer activen Einwirkung in Mittelasien fortzureißen schien. Sollte es geschehen, solange die Umstände die bisherigen bleiben, so wäre es meines Erachtens ein arger Mißgriff; denn ein solcher Schritt würde uns früher oder später in Feindseligkeiten verwickeln, entweder mit den central-asiatischen Völkern, oder mit ihren Feinden; wahrscheinlich mit beiden. Unsere richtige Politik ist, solche Verwicklungen zu vermeiden, unsere Macht in Indien zu concentriren, dem indischen Volke die möglich beste Regierung zu geben, unsere Verwaltung zugleich wohlfeil und tüchtig einzurichten, und uns so in dem weiten Reiche stark und geachtet zu machen. An der Westgrenze müssen wir besonders stark und gerüstet sein, ohne jedoch uns in die inneren Anliegen der anwohnenden Gebirgskämme einzumischen, ausgenommen, wo es zur Wahrung der Ruhe und Sicherheit nöthig wird. Stehen wir, ohne einen für unsere Finanzen verderblichen Krieg zu provociren, an unsern Grenzen gegen Mittelasien fest, so können wir jedem Invasionslustigen mit Vorthail die Stirne bieten. Schicken wir Agenten in entfernte Länder, deren Regierung roh und deren Bevölkerung fanatisch und geseklos ist, so setzen wir dieselben der Mißhandlung aus, welche wir dann, wie damals in Bhutan, mit Waffengewalt bestrafen müssen. Darum bin ich gegen solche Unternehmungen.“
12. „ Versammlung der English-Church-Union: Die Ritualisten treten sehr entschieden auf gegen die Entscheidung des richterlichen Ausschusses des Oberhauses wider sie und setzen Resolutionen dagegen durch,



die einer thatsächlichen Auslehnung gleichkommen. Die Regierung nimmt von dem Vorgang keine Notiz.

14. Jan. Cardinal Cullen und mehrere irländische katholische Bischöfe erklären die Aufhebung der irischen protestantischen Staatskirche für unerläßlich und alle allfälligen Compromißversuche für verwerflich.

„ Der neue Minister des Auswärtigen, Lord Clarendon, schließt mit dem Gesandten der nordamerikanischen Union, Reverdy Johnson, einen neuen Vertrag (s. 23. Nov. 1868) bez. Beseitigung der Alabamafrage ab, der der Union noch mehr entgegenkommt:

Das in sieben Artikeln abgefaßte Document bestimmt im Wesentlichen die Ernennung von zwei Commissären von beiden Seiten zur Schlichtung der streitigen Ansprüche. Bei Meinungsverschiedenheit entscheidet ein von der Commission gewählter Unparteiischer. Kann man sich über dessen Wahl nicht einigen, so wird für jeden einzelnen Fall ein Unparteiischer durchs Loos gewählt. Gegen die Entscheidung desselben gilt kein Appell. Die sämtlichen Ansprüche müssen in zwei Jahren erwogen und erledigt sein, und die etwa angewiesenen Geldsummen sind binnen 18 Monaten, vom Datum der Entscheidung an, ohne Interessen zu zahlen.

16. „ (Ostindien). Schir Ali, der neue Beherrscher von Afghanistan, hält seinen Triumphzug in Kabul.

27. „ Bankett in Glocester. Die Liberalen feiern dabei eine Art Siegesfest über das Resultat der letzten Parlamentswahlen. Mr. Lowe, der neue Schatzkanzler, entwickelt das Programm der Regierung:

Als ersten Punkt desselben bezeichnet er volle Gerechtigkeit für Irland, Gleichstellung aller Confessionen durch Abschaffung der irischen Staatskirche und Einziehung ihrer Güter, sowie durch vollständige Befreiung der anglikanischen Gemeinschaft, die über ihre Zukunft dann selbst zu entscheiden habe. Der zweite Punkt sei die Aufrechthaltung des Friedens. Lowe glaubt versichern zu dürfen, daß niemals ein Ministerium in England regiert habe, das von einem ernsteren Verlangen nach Erhaltung desselben befeelt gewesen, ein Ministerium, das nicht nur den Wunsch hege, den Frieden zu erhalten, sondern auch den Willen habe, die einzige Politik, welche zu diesem Ziele führen kann, beharrlich zu verfolgen. Die Aeußerungen bezüglich der Erhaltung des Friedens führen ihn zur Erklärung über beabsichtigte Reductionen in Heer und Flotte. Als leitendes Princip bei den vorzunehmenden Veränderungen bezeichnet er die Erreichung der größten Tüchtigkeit für möglichst geringe Kosten durch Ablösung des Ueberflüssigen und Concentrirung des Uebrigen dort, wo man es gebrauche. So werde man die Armee mehr in England zusammenziehen als bisher und für die Flotte weniger Werste unterhalten und die damit zersplitterten Ausgaben vermindern und besser verwerthen. Im Uebrigen werde man das Ministerium und seine Pläne erst nach einiger Zeit und zwar nach seinen Früchten beurtheilen können.

— „ Lord Russell richtet einen dritten Brief über die irische Kirchenfrage an Hrn. Chich. Fortescue.

Die drei Briefe bezeichnen den Fortschritt der öffentlichen Meinung in dieser Frage. In seinem ersten Brief verlangte er: daß das irische Kirchenvermögen zwischen den bestehenden größeren Religionsgemeinschaften, den Katholiken, Anglikanern und Presbyterianern, je nach der Kopfszahl gleichmäßig vertheilt und so gewissermaßen drei Staatskirchen in Irland gegründet würden. Der zweite

schärfte allen Mitgliedern der liberalen Partei ein, daß sie, da sich nun einmal die Mehrheit im Unterhaus und die öffentliche Meinung in Irland für gänzliche Aufhebung der Staatskirche ausgesprochen, als echte Liberale ihre persönlichen Ansichten und Wünsche der Gesamtheit unterordnen, und Hrn. Gladstone, den er förmlich als seinen Nachfolger in der Parteiführung empfahl, thatkräftig unterstützen müßten, wie er selbst in gutem Glauben thun würde, obgleich er die Durchführung seiner eigenen Vorschläge lieber gesehen hätte. Im dritten, einer umfangreichen Broschüre, geht Lord Russell wieder einen Schritt weiter, indem er einen förmlichen Plan zur Aufhebung der Staatskirche entwirft, und seine Ansichten über die zweckmäßigste Verwendung der einzuziehenden Kirchenrevenue entwickelt.

1. Febr. Zusammentritt der sog. Convocation, des geistlichen Parlaments, in England. Für Irland hat die Regierung den Zusammentritt derselben verboten.
- „ Die öffentliche Meinung ist bereits außer Zweifel darüber, daß die neue Regierung den festen Entschluß gefaßt hat, Englands Armee- und Flottenbestand, was auch die jeweilige Politik der übrigen Welt sein möge, wesentlich zu vermindern.
Der erste große Schritt ist die Reduction der Besatzungen in den Colonien. Bereits seien nach Canada und einigen anderen Kronabhängigkeiten Depeschen abgegangen mit der Anzeige, daß binnen zwei oder drei Jahren alle königlichen Truppen aus der Colonie zurückgezogen werden sollen, und daß daher dieser selbst die Pflicht zufallen werde, für ihre Vertheidigung vorzusorgen. Die Colonien zeigten sich ungemein eifrig, das Recht vollständiger Selbstregierung zu erlangen, und man hat sie ihnen ohne Widerstreben gewährt; aber nun müssen sie auch gefaßt sein, die Folgen zu tragen, nämlich, daß das Band zwischen Colonie und Mutterland ein sehr lockeres geworden ist, und daß das Mutterland es ablehnt, Opfer für Colonien zu bringen, die ihrerseits jede Opferwilligkeit für jenes ablehnen.
- „ Die Nachrichten aus den Verein. Staaten, welche die Verwerfung des mit Johnson abgeschlossenen Vertrags bez. Beseitigung der Alabamafrage in sichere Aussicht stellen, rufen in England eine große Aufregung hervor. Die öffentliche Meinung ist darüber einig, daß England bereits bis zum Aeußersten nachgegeben habe und legt den festen Entschluß dar, nicht weiter zu gehen selbst auf alle Gefahr hin.
16. „ Eröffnung der Parlamentssession. Die Thronrede (durch eine egl. Commission) lautet bez. der irischen Kirchenfrage noch sehr unbestimmt:

„ . . . Die kirchlichen Einrichtungen Irlands werden binnen kurzer Frist unter Ihre Verächtlichkeit gebracht werden, und die gesetzgeberische Thätigkeit, welche zu deren schließlicher Feststellung nothwendig ist, wird die größten Anforderungen an die Weisheit des Parlaments stellen. Ich bin überzeugt, daß Sie in der Fortführung des Werks Ihr Augenmerk auf jedes von ihm etwa betroffene und berechnigte Interesse richten werden und daß Sie sich durch das beständige Ziel werden leiten lassen: die Wohlfahrt der Religion durch die Grundsätze gleichmäßiger Gerechtigkeit zu fördern, das ungetheilte Gefühl und die Anrechte Irlands auf die Seite der Treue und des Gesetzes zu bringen, das Andenken frühern Haders zu verwischen und die Sympathien eines liebe-

vollen Volks zu pflegen. In jeder Angelegenheit von öffentlichem Interesse, und besonders in einer so bedeutenden, flehe ich zu Gott dem Allmächtigen, daß er nie aufhöre, Ihre Berathungen zu leiten, und daß er sie zu einem glücklichen Schlusse führe."

23. Febr. Die Regierung begnadigt eine große Anzahl der gefangenen Fenier, aber nicht alle. Die Rückkehr der Begnadigten gibt in Irland vielfach Gelegenheit zu feindseligen Demonstrationen gegen England.
25. „ Unterhaus: Die Regierung bringt eine Bill ein für Abschaffung der persönlichen Steuerzahlung als Bedingung des Wahlrechts.
26. „ Unterhaus: Gladstone erklärt, daß die Regierung nicht beabsichtige, in diesem Jahr noch eine irische Pachtbill einzubringen.
27. „ Die Convocation (geistliches Parlament) richtet bez. der irischen Kirchenfrage eine Adresse an die Königin.

Das Oberhaus der Convocation des geistlichen Parlaments hat das vom Unterhause derselben beantragte Amendement zur Adresse an die Königin verworfen, in welchem diese dringend ersucht wurde, jeder in die Rechte der irischen Kirche eingreifenden Maßregel ihre Genehmigung zu verweigern. Statt dessen wird ein Amendement des Bischofs von Oxford einstimmig angenommen, welches sagt: daß die Convocation den im Parlament vorzuschlagenden Maßregeln mit ernstern Besorgnissen entgegenstehe, und die zuberstehende Hoffnung hege, daß — inmitten des Streits der politischen Parteien — die Interessen des wahren Glaubens und die gerechten Ansprüche der reformirten Kirche nicht aus den Augen gelassen werden.

1. März. Unterhaus: Gladstone legt seine Bill bez. Entstaatlichung und Entdotirung (Disendowment und Disestablishment) der irischen protestantischen Staatskirche vor und begründet sie in einer dreistündigen Rede:

Gladstone's Plan ist nach der Vorlage im Wesentlichen folgender: Die Entdotirung (disendowment) der irischen Kirche soll gleich nach der Annahme der ministeriellen Maßregel eintreten. Sobald die Bill Gesetz wird, geht alles Eigenthum des Kircheninstituts — Gotteshäuser, Pfarrhäuser, Pfarrländereien und Zehntengefälle — über in die Hände einer nach der Bill zu ernennenden Commission, welche die Einkünfte den vorhandenen Pfründinhabern auf deren Lebensdauer auszuzahlen hat. Hoffentlich werden zwischen dem Durchgehen der Bill und einem zweiten Datum, als welches der 1. Januar 1871 anzunehmen sein mag, der Clerus und die Laienschaft der irischen Kirche aus sich selbst eine Körperschaft zur Verwaltung ihrer künftigen Episcopalkirche organisiert haben. Die Königin im Conseil wird durch die Bill ermächtigt, eine solche Körperschaft anzuerkennen, vorausgesetzt, daß sie sich wirklich repräsentativ erweist. Ueber Art und Weise der Laienheilnahme dabei spricht Gladstone sich nicht näher aus. Bis zu dem besagten 1. Januar 1871 wird dann auch die förmliche Abschaffung der Kirche (disestablishment) in Kraft treten. Mittlerweile, d. h. zwischen der parlamentarischen Annahme der Acte und dem 1. Jan. 1871, werden in Erledigung kommende Pfründen in herkömmlicher Weise besetzt, präsentirte Bischöfe von der Krone approbirt, und solche Bischöfe erhalten von der neuen Commission die üblichen Emolumente ihrer Stellen, jedoch nur provisorisch, und bis zum Eintritt des Jahrs 1871, wo dann ihre Salarirung von der Commission anstatt der als Staatsanstalt erloschenen

Kirche zu übernehmen ist. Am 1. Jan. 1871 hören die irischen Bischöfe auf, im Hause der Lords zu sitzen, die irischen Kirchengerichtshöfe (ecclesiastical courts) haben keine Functionen mehr, und die Geseze der irischen Kirche gehen aus Reichsstatuten in bloße Uebereinkommnisse einer freiwilligen Corporation über . . . Ist so die Aufhebung der Kirche vollendet, so beginnt dann die Ausführung der Entdotirung. Privatstiftungen, d. h. Dotirungen aus Privatquellen seit dem Jahr 1660, werden der neuen Kirchencommission (governing body) überwiesen. In der Benutzung befindliche Gotteshäuser gehen über an dieselbe Corporation, und bezüglich einiger Duzend Kirchen, die als Nationalmonumente zu betrachten sind, wie die St. Patriciuskirche in Dublin, soll die neue Commission ermächtigt werden, eine kleine Summe zu ihrer Unterhaltung auszuwerfen. Dasselbe geschieht mit den Pfarrhäusern (glebe houses). Das jetzige Einkommen der Geistlichkeit erwächst aus Grundzinsen, directen Felderträgnissen und Zehnten. Letztere werden sogleich an die neue Commission verwiesen, welche die entsprechenden jährlichen Zahlungen an die Geistlichen zu leisten hat. Ueberhaupt kann diese Commission als der Liquidationsausschuß für das bisherige Kirchengut betrachtet werden. Der bisher von den nordirischen Presbyterianern unter dem Namen eines Regium donum genossene Staatsbeitrag wird fürs erste fortbezogen, später aber in analoger Weise umgewandelt, und die Staatsdotirung für das katholische Priesterseminar Maynooth wird, nach vierzehnjähriger Berechnung, für die Professoren desselben capitalisirt . . . Wenn nun die Kirchenabschaffung und die Entdotirung vollzogen sind, was sollen die Liquidatoren mit dem in ihrer Hand befindlichen Kirchengut anfangen? Sie werden ermächtigt, beschränkte Landparcellen — etwa 10 Morgen auf jede Pfarrei — zu billiger Schätzung zu verkaufen, wobei die bisherigen Pächter das Vorkaufsrecht und eine 22jährige Zahlungsfrist haben sollen. Die Zehntenabgabe soll nach 45 Jahren ganz aufhören. Schließlich wird die Commission, nach Gladstone's Berechnung, ein Capital von nahebei 8 Millionen Pf. St. in Händen haben, mit einem Jahresertrag von 311,000 Pf. St. Diese Summen gedenkt die Regierung zu verwenden auf Werke der Barmherzigkeit für ganz Irland, Unterstützung bei Unglücksfällen, für welche das Armengesetz nichts vorgeesehen hat, Unterhaltung von Blinden-, Taubstummen-, Irrenanstalten, Armenschulen, Grasschaftsspitälern etc., so daß namentlich die jetzt sehr schwer auf die ärmeren Pächterfamilien drückenden Grasschaftslasten erleichtert werden sollen. Disraeli erklärt mit Entschiedenheit nochmals den Protest der Opposition gegen Princip wie Einzelheiten der Bill, bezeichnet Trennung der Kirche vom Staat als politischen Irrthum und Einziehung der Güter zu weltlichen Zwecken als einfache Confiscation, und räth schließlich seinen politischen Freunden, sich jetzt nicht der Bill zu widersetzen, sondern ihren Widerstand für die zweite Lesung aufzusparen. Die Bill wird darauf ohne Widerstand zum ersten Mal gelesen und die zweite Lesung auf den 18. März angesetzt.

Wenn man die umfangreiche, bis zur Unverständlichkeit mit Details überladene Bill, welche „eine liberale, prompte und endgiltige“ Lösung der irischen Kirchenfrage durch „vollständiges Disestablishment und Disendowment“ bewirken soll, ihrer nebensächlichen, aber als Hauptsache vorgeschobenen Einzelheiten und ihres verwirrenden officiellen Wortschwalls und die Rede Gladstone's ihres rednerischen und dialectischen Beiwerks entkleidet, so ist der langen Rede kurzer Sinn in dem folgenden Satz enthalten: Das Gesamteigenthum der anglicanischen Kirche in Irland beträgt, mit Ausschluß von Kirchen- und Pfarreigebäuden, trotz der schlechten Verwaltung, bis jetzt immer noch 16,500,000 Pfd. St., davon soll sie 6,650,000 Pfd. St. mit allen Kirchen, Pfarr- und Schulgebäuden behalten, und den Rest von nahezu 10 Mill. Pfd. St. herausgeben, damit dieser zum kleineren Theil (2 Mill. Pfd. St.) den Katholiken und den Presbyterianern zu gut komme, und zum größern Theil für unkirchliche Wohlthätigkeitsanstalten, Asyle für Blinde und

Taubstumme, Landhospitäler u. s. w. im Interesse des irischen Volks verwendet werde. Das ist der Kern; alles andere ist Nebensache, beschönigende Wortklauberei, mehr oder weniger aufrichtige Selbsttäuschung.

Das Disendowment trägt somit den Charakter eines neuen Endowment an sich, und die Bill adoptirt in der Sache den bekannten Plan Lord Russels. Nur beabsichtigte dieser, den Katholiken und Dissidenten mehr zu geben, und den Anglicanern weniger zu lassen; sein Plan war daher der billigere, liberalere, dem Grundsatz der Religionsgleichheit entsprechendere. Auch so ist die Maßregel ein großartiger Act der Gerechtigkeit, und bezeichnet nicht nur einen radicalen Bruch mit der Politik, welche England in der Vergangenheit gegen Irland befolgt hat, sondern auch einen sehr bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der Toleranz. Aber nach den thatsächlichen Vorlagen der Bill muß man behaupten: daß sie die durch die Macht der Eroberer gestörte kirchliche Gleichheit in Irland nicht wiederherstellt, daß sie die Anglicaner nicht mit den übrigen Confessionen, und namentlich nicht mit den Katholiken, welche die große Mehrheit der Bevölkerung bilden, auf dieselbe Grundlage der Freiwilligkeit und Selbsthilfe setzt, daß sie drückende und ungerechte Privilegien der bisherigen Staatskirche nicht aufhebt, sondern nur mildert, und daß die Trennung der Kirche vom Staate nur Schein und keine Wirklichkeit ist. Hr. Gladstone und namentlich Hr. Bright dürfen dieß nicht eingestehen, und verwahren sich auch auf das nachdrücklichste gegen eine solche Auffassung; aber Thatfachen wiegen schwerer als Worte. Dem stofflichen Inhalte der Vorlage gemäß haben wir es nicht mit einer Aufhebung, sondern mit einer Mildernng der staatskirchlichen Privilegien zu thun, mit einem Compromiß, dessen Einzelheiten mit großem Geschick in der 63 Paragraphen enthaltenden und 28 Druckseiten füllenden Bill ausgearbeitet und mit bewundernswürdiger Dialektik in der Gladstone'schen Rede den Anschauungen und der Ausdrucksweise der liberalen Partei angepaßt sind, während sie durch ihren Inhalt den Alarm der Conservativen beschwichtigen und selbst den kirchlichen Fanatikern als der bestmögliche Handel erscheinen müssen. Das Endowment wird allerdings auf indirectem Wege bewirkt, aber für alle praktischen Zwecke bleibt das Resultat dasselbe. Die neu zu bildende Kirche erhält 1) den Genuß der kirchlichen Gebäude, 2) alle rein protestantischen Vermächtnisse seit 1660, und 3) die Verwaltung und den Besiß der sogen. life interests. Diese sollen nämlich nach dem Wunsche des betreffenden Pfründenbesizers capitalisirt und mit einer runden Summe abbezahlt werden können. Wenn der „regierende Körper“ und die Synode es verlangen, wie sie natürlich thun werden, so muß diese Capitalisation nach dem Verhältniß von 14 für 1 erfolgen, und das Capital wird dem „governing body“, d. h. der Kirche, überwiesen, um daraus die Gehalte der Geistlichen und Beamten zu bestreiten. Die neue Kirche, deren Anhänger in Irland wenig mehr als $\frac{1}{2}$ Million betragen, beginnt daher ihre neue Laufbahn mit einem fundirten Kapital von 6,650,000 Pfd. St., und schließt die reichste Klasse der Bevölkerung ein, welche durch die üblichen Sporteln und freiwilligen Opfergaben die verfügbaren Fonds beträchtlich zu schwellen vermag. Wo in der Welt, mit Ausnahme von England selbst, gibt es heute noch eine Kirche, die reicher wäre? Die Einziehung der zahlreichen Pfründen, welche ohne Gemeinde bestehen und genossen werden, muß und wird die der reformirten anglicanischen Kirche in Irland zur Verfügung gestellten Mittel noch bedeutend vergrößern. Von den 2,000,000 Pfd. St., welche zur Befriedigung der den Presbyterianern und den Katholiken zustehenden „Ansprüche“ ausgezahlt sind, erhalten jene als Ersatz für die bisher unter dem Namen „Regium donum“ geleistete Staatsunterstützung von 50,000 Pf. St. des Jahrs ungefähr zwei Drittel, und die Katholiken als Aequivalent für den bisherigen Staatszuschuß zu dem Fonds des Priesterseminars von Maynooth ein Drittel.

3. März. Unterhaus: Ein Antrag Fawcetts, die unausweichlichen und erlaubten Wahlkosten bei Parlamentswahlen künftig nicht wie bisher den Candidaten zu überlassen, sondern aus Staatsmitteln zu bestreiten, um so den Zutritt zum Parlament zu erleichtern, wird mit 168 gegen 165 Stimmen abgelehnt.
4. „ Das Unterhaus bewilligt auf den Antrag des Schatzkanzlers noch nachträglich 3,600,000 Pfd. für den abyssinischen Feldzug, dessen Gesamtkosten nunmehr 8,600,000 Pfd. betragen. Die öffentliche Meinung erhält dadurch ein neues Moment für ihr Urtheil über die finanzielle Wirthschaft der abgetretenen Toryregierung.
- 8—11. „ Unterhaus: Vorlegung des Militär- und Marinebudgets.
Das Marinebudget weist gegen das Vorjahr eine Verminderung von 957,357 Pfd. nach, wovon etwa die Hälfte an Löhnung und Verpflegung von (überflüssigen) Mannschaften, der Rest an verschiedenen Marineetablissemens erspart werden soll. Das Militärbudget zeigt eine Ersparniß von 1,225,500 Pfd., die durch Zurückziehung von Truppen aus den Colonien und durch Reduction der bestehenden Cadres erzielt werden soll.
13. „ Durch den Rücktritt ihres Präsidenten, des Hrn. Beales, löst sich die Reform-Liga thatsächlich auf.
15. „ Unterhaus: Die von der Regierung vorgelegte Bill bez. der sunbirten Schulen wird an einen Sonderausschuß gewiesen.
- 18—24. „ Unterhaus: Debatte über die irische Kirchenbill. Neben von Gladstone, Bright, Disraeli, Sir Roundel Palmer, Lowe. Dieselbe wird schließlich mit 368 gegen 250 Stimmen zur zweiten Lesung zugelassen.
27. „ (Ostindien). Darbar zu Amballah zwischen dem Vicekönig Lord Mayo und Schir Ali von Afghanistan.

8. April. Unterhaus: Der Schatzkanzler Hr. Lowe legt das Budget für 1870 vor und erörtert in einer mehr als zweistündigen Rede die Finanzlage des Reichs. Statt des allgemein erwarteten Deficits schließt das Budget zu großer Ueberraschung des Hauses mit einem Ueberschuß und mit Vorschlägen zu neuer Ermäßigung einer Reihe von Steuern.

Die neue liberale Regierung hat die Verwaltung mit den von der Toryregierung ihr zurückgelassenen Deficit von 3,600,000 Pfd. für den abyssinischen Krieg übernommen. Sie beginnt ihre Budgetoperationen mit diesem beträchtlichen Deficit, und endet mit einem Ueberschuß von mehr als 400,000 Pfd. St., nachdem sie die Steuerlast um 3,060,000 Pfd. St. erleichtert hat, wovon 2,940,000 Pfd. St. noch in das laufende Jahr fallen. Die Jahreseinnahme beträgt in dem Voranschlag, der correcter zu sein verspricht als der des Toryschatzkanzlers, 72,865,000 Pfd., und die Ausgabe mit Ausfluß der abyssinischen Schuld 68,223,000 Pfd. St., so daß ein Ueberschuß von 4,632,000 Pfd. St. vorhanden wäre, wenn das Deficit für den abyssinischen Krieg nicht gedeckt werden müßte. Dieser kostet, wie Hr. Lowe versichert, mindestens 9 Mill. Pfd. St., eine Kapitalauslage, die kaum im Verhältniß steht mit dem Erfolge. Gleichwohl sieht sich der Schatzkanzler durch die „heroischen Anstrengungen“ der Hh. Childers und Cardwell, welche in den Budgets für

Armee und Flotte eine Ersparung von 2,400,000 Pfd. St. bewirkten, und durch einige Finanzoperationen, deren Verdienst er für die Regierung in ihrer Gesamtheit beansprucht, in den Stand gesetzt, die unter den obwaltenden Umständen großartige Steuerermäßigung zu beantragen. Anstatt die Einkommensteuer zu erhöhen, wie befürchtet wurde, ermäßigt er sie um 1 Penny vom Pfd. St. Die Feuerversicherungsteuer, deren Abschaffung schon oft vergeben beantragt wurde, wird ganz abgeschafft. Die außerordentliche Steuer, welche von den Cabs und Lohnfuhrwerken bisher erhoben wurde, wird gleichfalls aufgehoben. Der Kornzoll, der immer noch 1 Sh. vom Quarter Getreide beträgt, und auch in dieser Ermäßigung jährlich 900,000 Pfd. St. beträgt, wird abgeschafft. Das „Wiener Bier“ bildet zum erstenmal ein Item in der Finanzdarlegung des Schatzkanzlers. Die bisher vom ausländischen Bier erhobene Eingangsteuer wird der Accisenabgabe des einheimischen Bieres gleichgestellt, und daher von 1 Pfd. St. auf 7 Sh. 9 P. ermäßigt. — Allerdings ist die Erklärung dieses Budgetwunders sehr natürlich, und die Magie erscheint bei näherer Betrachtung als eine sehr thatsächliche Wirklichkeit. Die 3,000,000 Pfd. St., welche diese Steuerermäßigung etwa kosten wird, findet der Schatzkanzler in einer Modification der Steuereintreibung. Diese soll vereinfacht und centralisirt werden. Die Einkommensteuer und die assessed taxes (Landhaus- und Luxussteuern) wurden bis jetzt in drei Jahresraten von den Kirchspielbehörden für den Staat beigetrieben. Diese Art der Steuererhebung war kostspielig und unwirksam. Hinfort sollen sie auf einmal von Regierungssteuerbeamten erhoben werden. Diese Reform würde eine Summe in den Staatschatz bringen, die den beabsichtigten Steuerermäßigungen entspräche. Allerdings heißt das nichts anderes, als von der Zukunft für die Gegenwart borgen, und dem Steuerzahler neue Opfer auferlegen; aber diese werden doch weniger gefühlt und williger gebracht werden, als eine directe Erhöhung der Abgaben.

Gegenüber der Stimmung des Hauses weiß Disraeli kein Wort gegen die Vorlage beizubringen und Hr. Hunt, der abgetretene Finanzminister, erhebt sich nur, um sich gegen die seiner Finanzverwaltung gemachten Vorwürfe zu rechtfertigen. Die öffentliche Meinung ist befriedigt und hofft, daß es der Gladstone'schen Verwaltung bald wieder gelingen werde, Ordnung in die von den Tories zerrütteten Finanzen zu bringen.

9. Apr. Oberhaus: Lord Russell stellt den Antrag auf Einführung lebenslänglicher Pairs neben den erblichen.
10. „ Die Hudsonsbay-Compagnie nimmt die Abtretung ihrer Territorialrechte an Canada an.
13. „ — 7. Mai. Unterhaus: Comitee-Berathung der Bill für Abschaffung der protestantischen irischen Staatskirche. Die Bill geht nicht ganz unbeschädigt, aber in den Hauptpunkten doch nach der Vorlage Gladstone's durch.

Zu Anfang der Berathung wird der Antrag Newdegate's, die Bill gänzlich zu verwerfen, mit 355 gegen 229, ein Antrag Disraeli's, der irischen Kirche ihren staatlichen Charakter zu belassen, mit 344 gegen 123, und ein weiterer Antrag Disraeli's, die Entstaatlichung wenigstens bis 1872 hinauszuschieben, mit 301 gegen 194 Stimmen abgelehnt und am Schlusse die den Tories widerwärtigste Clausel, die Zuspcheidung eines Kapitals an die irischen Katholiken für das Collegium in Maynooth mit 318 gegen 192 Stimmen bewilligt.

29. April. Brandrede des fenisch gesinnten Bürgermeister Sullivan von Cork.
4. Mai. Unterhaus: Die Regierung bringt eine Bill ein auf Absetzung des fenischen Bürgermeisters von Cork.
11. „ Unterhaus: Da der fenisch gesinnte Bürgermeister von Cork erklärt, freiwillig zurücktreten zu wollen, wird die Bill für Absetzung desselben auf vier Wochen zurückgestellt.
30. „ Motley trifft als neuer Vertreter der nordamerikanischen Union an Stelle des von Grant abberufenen Rev. Johnson ein. Seine Instructionen gehen dahin, die Alabamafrage, nachdem der Senat der Union den Vertrag mit England vom 14. Januar d. J. verworfen, seinerseits ruhen zu lassen, im übrigen aber mit England freundliche Beziehungen zu pflegen.
3. Juni. Oberhaus: Der Antrag Russell's auf Creirung lebenslänglicher Peers passirt die Committee, doch sollen im ganzen nur 28, jährlich nur 2 berartige Sitze creirt werden.
5. „ Oberhaus: Eine Versammlung der torystischen Peers beschließt auf den Vorschlag Lord Derby's, die irische Kirchenbill so wie sie aus dem Unterhause hervorgegangen, zu verwerfen. Lord Salisbury und einige andere gemäßigtere Lords rathen vergebens davon ab, die öffentliche Meinung durch einen so verzweifelten Schritt gewaltsam gegen das Oberhaus in die Schranken zu rufen.
7. „ Unterhaus: Gladstone wird bei seinem Eintritt in das Haus von demselben mit lautem und langdauerndem Zuruf — als Demonstration gegen die Velleität der torystischen Mehrheit des Oberhauses — empfangen.
- 14—18. „ Oberhaus: Generaldebatte über die irische Kirchenbill. Dieselbe wird schließlich mit 179 gegen 146 Stimmen zur zweiten Lesung zugelassen und geht also in Committee.
- „ Gewaltige Agitation für und gegen die irische Kirchenbill. In Manchester sprechen auf einem Monstre-Meeting zumeist Drangisten und von Irland herübergekommene Geistliche mit vielen giftigen Persönlichkeiten gegen den Judas u. s. w. Gladstone. Anderseits ist es bereits außer Zweifel, daß, wenn das Oberhaus die Bill wirklich verwirft, die kaum aufgelöste Reform-Liga mächtiger als je wieder auferstehen wird, während die Reform-Union, die unter einem Hauptquartier in Manchester 300—400 Zweigvereine in den Provinzen hat, ohnehin unversehrt fortbesteht und sich bereits zu regen beginnt. Bright richtet in den Times einen offenen Brief an seine Wähler in Birmingham, in denen er sich sehr scharf über die Haltung der Peerie ausspricht und ganz unumwunden erklärt, daß dieselbe damit ihren Untergang vorbereiten dürfte.
19. Juni. Oberhaus: Lord Cairns interpellirt die Regierung über den durch die Zeitungen veröffentlichten drohenden Brief Brights und

fragt, ob derselbe echt sei und ob die Regierung die Ansichten desselben zu den ihrigen mache. Lord Granville erklärt, die Regierung lehne jede Absicht einer Einschüchterung des Oberhauses ab; Bright bebauere aufrichtig die in dem Brief gebrauchten Ausdrücke.

29. Juni. Oberhaus: Beginn der Committee-Berathung der irischen Kirchenbill.

Es bildet sich eine Art Coalition zwischen liberalen und conservativen Peers, durch welche jene sich verpflichten, der neuen anglicanischen Kirche in Irland einen größeren Antheil am Vermögen der bisherigen Staatskirche zu sichern, diese dagegen alles ausbieten wollen, um die widerstrebende Masse der Torypeers für das sog. concurrent endowment d. h. dafür zu stimmen, daß auch den Katholiken und Presbyterianern ein verhältnißmäßiger Antheil an Kirchen, Pfarrwohnungen und Ländereien zugeschieden werde, da die Majorität des Hauses offenbar dafür noch eher zu gewinnen scheint, als dafür, daß, wie Gladstone und die Bill wollen, der Ueberschuß des Kirchenvermögens für wohlthätige, aber nicht kirchliche Zwecke, wie zu Anlegung von Irrenhäusern und Grafschaftshospitälern u. dgl. verwendet werde.

30. „ Gladstone ergreift die Gelegenheit des Lordmayor-Vanketts, um den Bestrebungen des Oberhauses gegenüber aufs entschiedenste zu erklären, daß die Regierung zwar allen Religionsgemeinschaften gerecht zu werden wünsche, aber nicht gewillt sei, den Ueberschuß des Kirchenvermögens zum Vortheil einer Kirchengemeinschaft zu verwenden.

3. Juli. Oberhaus: Committee-Berathung der irischen Kirchenbill: Die Coalition liberaler und conservativer Peers, um die Majorität zu einem billigen Compromiß zu vermögen, erweist sich als machtlos:

Lord Salisbury's Amendement, welches der zukünftigen anglicanischen Kirchengemeinschaft Kirchen, Predigerwohnungen und Glebe-Ländereien ohne alle Entschädigung zusichert, wird mit der Mehrheit von 213 gegen die lächerlich kleine Regierungsminderheit von 69 Stimmen angenommen; aber die Erwartung, daß nun auch Bischöfe und conservative Lords für das Amendement des Herzogs von Cleveland, welches dieselben Vortheile auf Katholiken und Presbyterianer übertragen wissen will, stimmen würden, erfüllt sich nicht: nur 113 stimmten dafür und 146 dagegen.

5. „ Unterhaus: Die Regierung beantragt die Uebernahme sämtlicher Telegraphenlinien für den Staat.

6. „ Oberhaus: Committee-Berathung der irischen Kirchenbill: Das Haus beschließt mit 160 gegen 90 Stimmen, daß die Verfügung über die Ueberschüsse des irischen Kirchenvermögens nicht schon jetzt bestimmt, sondern verschoben werden soll. Schluß der Committee-Berathung über die irische Kirchenbill.

Ueberblickt man das Resultat, so hat die Bill sehr wesentliche Aenderungen erlitten. Ursprünglich sollten die irischen Bischöfe ihre Sitze auf der Bischofsbank des Oberhauses verlieren, und die neue freie Kirche erhielt die Pfarr-

wohnungen und zugehörigen Ländereien mit der Verpflichtung, die darauf ruhenden Lasten zu übernehmen. Die von Elisabeth und Jakob I verliehenen Ländereien in Nord-Irland (Ulster) sollten eingezogen, und der ganze Ueberschuß den Armen Irlands zugewendet werden. Alle diese Bestimmungen wurden ohne weiteres gestrichen. Durch verschiedene Amendements haben die Lords gegen 5,000,000 Pf. St. vom Ueberschuß der irischen Kirche wieder zugesprochen, und der stark eingeschrumpfte Rest soll — das war das letzte Amendement — vorderhand gar nicht zu bestimmten Zwecken angewiesen werden. Im Hintergrund lautet bei dieser Entscheidung die Absicht, den Ueberschuß zwischen Anglicanern, Katholiken und Presbyterianern zu vertheilen, und den ersteren dabei den Löwenantheil zuzuwenden. Daß das Haus der Gemeinen die also zugestuzte und gründlich veränderte Bill nicht annehmen wird, steht sofort außer allem Zweifel.

9. Juli. Das Oberhaus verwirft den Antrag Russels auf Schaffung lebenslänglicher Pairien schließlich doch noch mit 106 gegen 73 Stimmen. Lord Cairns motivirt sein ablehnendes Votum ganz offen damit, daß er fürchte, eine Annahme des Antrags werde die Zusammensetzung des Oberhauses zum Gegenstande der Discussion im Volksause machen und daß er das für gefährlich halte.
10. „ Die Reform-Union kündigt eine Reihe großer Volksversammlungen gegen die Verstümmelung der irischen Kirchenbill durch das Oberhaus an; in London wird eine Monstre-Demonstration der Arbeiterklassen vorbereitet u. s. w.
12. „ Oberhaus: Dritte Lesung der irischen Kirchenbill. Das Haus findet angesichts der öffentlichen Meinung doch für gut, bei dieser Gelegenheit einige seiner anstößigsten Beschlüsse wieder zurückzunehmen und früher abgelehnte Concessionen nunmehr zuzugestehen. Leidenschaftliche Rede und Protest des Grafen Derby gegen alle Concessionen und gegen die ganze Bill.

Mit 108 gegen 82 Stimmen wird die früher eingefügte Bestimmung, daß die irischen Bischöfe ihre Sitze im Oberhause, so lange sie leben, noch behalten sollen, wieder gestrichen und namentlich das zuerst verworfene Amendement des sog. concurrent endowment (die gleichmäßige Befruchtung der irischen Geistlichkeit aller Bekenntnisse) nunmehr mit 121 gegen 114 (worunter die Führer der Conservativen Lord Derby und Lord Cairns) Stimmen angenommen.

Protest Derby's und 46 anderer Peers gegen die Bill: „Wir stimmen damit nicht überein, 1) weil diese Bill, zum erstenmal seit Gründung der britischen Monarchie, in Bezug auf Irland den in keinem andern Land Europa's anerkannten Grundsatz einer gänzlichen Trennung des Staats von der Unterstützung irgendeiner Religionsform einführt; 2) weil die Annahme dieses Princip's für Irland nicht umhin kann, große Aufmunterung den Absichten derjenigen zu geben, welche die Ausdehnung desselben auf das ganze Königreich wünschen; 3) weil es eine gewaltsame Erstreckung der Parlamentsmacht ist, eine Dotirung zurückzunehmen, die von ihm für alle Zeit gemacht worden; noch mehr, Eigenthum zu confisciren, das durch lange Verjährung und vermöge eines vom Parlament unabhängigen Rechtstitels besessen wurde; 4) weil, wenn dieses letztere Princip schon in Bezug auf Privateigenthum wohlbegründet ist, es dieses noch mehr ist bei solchem Eigenthum, das feierlich für Zwecke der Religion und des Gottesdienstes besetzt worden; 5) weil die in dieser Bill versuchte Gesetzgebung dahin führt, das Vertrauen in alles Eigenthum

zu erschüttern, und besonders das Vertrauen in solches Eigenthum, welches auf einem Parlamentstitel beruht, der bisher als der unangreifbarste von allen betrachtet wurde; 6) weil es unmöglich ist, eine entstaatlichte und entpfründete, nur noch durch das Band einer freiwilligen Genossenschaft zusammengehaltene Kirche auf einen Fuß der Gleichheit zu stellen mit der vollkommenen Organisation der römischen Kirche, durch welche, namentlich in Irland, das Laienvolk der Priesterschaft, die Priester den Bischöfen ganz unterwürfig gemacht sind, während die Bischöfe selbst der uncontrolirten Autorität eines fremden Machthabers gehorchen; 7) weil diese Bill als eine schwere Ungerechtigkeit empfunden werden wird von den Protestanten Irlands, welche durch ihr irisches Parlament ihre politische Selbständigkeit aufgaben vermöge eines Vertrags, dessen Grundbedingung die größere Sicherheit der protestantischen Staatskirche war; 8) weil, während diese Maßregel dahin abzielt, die bisherigen festesten Anhänger des britischen Throns und der britischen Verfassung zu entfremden, sie denjenigen großen Theil der römisch-katholischen Bevölkerung in Irland, der weitere und sehr verschiedene Zwecke und vor allem die endliche Emancipation der britischen Legislatur im Auge hat, nicht versöhnen, geschweige denn befriedigen wird.“

Durch die letzten Beschlüsse des Oberhauses ist die Lage wesentlich vereinfacht. Namentlich verliert der Beschluß: daß der Ueberschuß des Kirchenvermögens einstweilen keine Verwendung finden, sondern zur Verfügung des Parlaments gehalten werden soll — alle practische Bedeutung; denn nach Durchführung des concurrent endowment wird eben nichts übrig bleiben. Der nun noch auszugleichende — vorausgesetzt, daß Regierung und Unterhausmajorität das concurrent endowment annehmen — Zwiespalt zwischen den Beschlüssen der beiden Häuser ist lediglich eine Frage von Pfunden und Schillingen. Sollen die $4\frac{1}{2}$ bis 5 Millionen, welche die Oberhausmajorität der anglicanischen Kirche noch als Reisegeld mit auf die neue Laufbahn zu geben wünscht, dieser verbleiben, oder soll zu den ursprünglichen Bestimmungen der Bill zurückgegangen, oder der lordlichen Forderung ein mäßiges Compromißgebot vom Unterhause gegenübergestellt werden? Der gute Wille zur Verständigung wird vorzugsweise von der Entscheidung der Regierung abhängen. Wenn diese auf ihrem Widerspruch gegen die Verwendung des Ueberschusses zu jeder Art von kirchlichen Zwecken beharrt, so ist nicht auf ein baldiges Ende des Conflicts zu rechnen. Gladstone ist allerdings stark genug, um das Oberhaus zum Nachgeben zu zwingen, und die ganze Bill in ihrer ursprünglichen Gestalt wiederherzustellen; aber die Debatten haben es doch klar gemacht, daß er sich einen einflußreichen Theil seiner Partei entfremden würde, wenn er die Sache ohne principielle Nöthigung auf die Spitze triebe.

15. Juli. Die Agitation gegen die Beschlüsse des Oberhauses in der irischen Kirchenfrage hat in wenigen Tagen bereits großartige und für das Oberhaus unzweifelhaft sehr gefährliche Dimensionen angenommen.

Die „Reform des Oberhauses“ wird sichtlich immer allgemeiner und mit wachsendem Nachdruck verlangt. Eine Petition der Bewohner von Glasgow sagt: „Wir verlangen, daß die Adelskammer als solche aufhöre zu existiren und daß eine Zusammensetzung für die erste Kammer gefunden werde, die mit den wahren Interessen der Nation im innigen Zusammenhang stehe.“

16. „ Unterhaus: Debatte über die vom Oberhaus zurückgelangte irische Kirchenbill. Gladstone trägt darauf an, die drei wichtigsten Modificationen des Oberhauses (die größere Dotirung der neuen anglicanischen Kirche — das sog. concurrent endowment der Presbyterianer und Katholiken — und die Verschiebung einer Verfügung bez. des

Ueberschusses) abzulehnen und nur unwesentliche, die Geldfrage nicht berührende Zugeständnisse zu machen und das Haus stimmt ihm mit großen Mehrheiten (bis zu 124 Stimmen, die jedoch bei der Abstimmung gegen das concurrent endowment auf 72 herabsinkt) bei.

19. Juli. Das Oberhaus lehnt die vom Unterhaus beschlossene Aufhebung der religiösen Beschränkungen an den Universitäten in zweiter Lesung mit 91 gegen 54 Stimmen ab.

20. „ Oberhaus: Lord Granville beantragt Namens der Regierung die Annahme der vom Unterhause reamendirten irischen Kirchenbill. Das Haus beschließt jedoch mit 173 gegen 95 Stimmen an seiner amendirten Einleitung (Nichtentscheidung über den Ueberschuß) festzuhalten. Lord Granville bittet um Vertagung behufs Verathung mit seinen Collegen.

Der Conflict mit dem Unterhause ist damit erklärt und derselbe scheint sehr ernste Folgen haben zu sollen, da einzelne Mitglieder der Regierung offen erklärt hatten, daß in einem solchen Fall das Parlament vertagt, der bereits begonnenen Agitation freier Lauf gelassen und die Bill in verschärfter Gestalt einer außerordentlichen Herbstsession vorgelegt werden solle.

22. „ Disraeli bringt ein Compromiß zwischen Lord Cairns als dem Führer der toryistischen Mehrheit des Oberhauses und dem Ministerium bez. der irischen Kirchenbill zu Stande.

Die Regierung gibt der neuen anglicanischen Kirche in Irland noch gegen 3 Millionen Pfd. St. mehr, so daß diese mit einem capitalisirten Vermögen von 12 Mill. Pfd. St. ihre neue Laufbahn beginnt, und mit ihren 600,000 Anhängern sich als die reichste Religionsgemeinschaft der Welt betrachten darf; die Regierung verzichtet ferner auf die sofortige Verwendung des Ueberschusses, und behält diese der parlamentarischen Verfügung vor. Dagegen gibt Lord Cairns im Namen seiner Anhänger das concurrent endowment preis und macht alle Concessionen, welche zur Durchführung der so verstümmelten Bill nöthig sind.

Oberhaus: Lord Cairns legt das Compromiß vor, die Lords Canarvon, Salisbury und Russell unterstützen es und das Haus erklärt sich damit einverstanden.

23. „ Das Unterhaus nimmt das vom Oberhaus genehmigte Compromiß in der irischen Kirchenfrage gleichfalls, ohne namentliche Abstimmung, an. Der drohende Conflict ist beseitigt.

29. „ Das Unterhaus verwirft die Abschaffung der Todesstrafe mit 118 gegen 58 Stimmen.

7. Aug. Das Oberhaus und Unterhaus haben den Ankauf sämtlicher Telegraphenlinien durch den Staat beschlossen.

9. „ Das Oberhaus verwirft die schottische Schulbill mit 55 gegen 43 Stimmen.

Die Bill hatte ihre parlamentarische Laufbahn im Oberhaus begonnen, war hier jedoch dermaßen verstümmelt worden, daß ihr Verfasser, der Herzog v. Argyll, sie nicht ferner anerkennen wollte. Gleichwohl wurde der Gesetzesvorschlag in das Unterhaus gebracht und hier, auf Betrieb der schottischen



Parlamentsmitglieder, wieder in integrum restituiert. Der Grundsatz der bekenntnißlosen Schule, der zum erstenmal versuchsweise in Schottland durchgeführt werden sollte, erscheint jedoch den Lords als so bedenkliche Präcedenz, daß sie die amendirte Bill kurzerhand verwerfen.

11. Aug. Schluß der Parlamentssession: Thronrede durch kgl. Commission:

„ . . . S. Maj. anerkennt mit lebhafter Genugthuung den rastlosen Eifer und Fleiß, womit Ihr die mühsamen Arbeiten des Jahrs gefördert habt. Bei dem Acte zur Aufhebung der irischen Staatskirche habt Ihr die verschiedenen Rücksichten, die bei Eröffnung der Session Eurer Erwägung empfohlen worden, sorgsam im Auge behalten. S. Maj. lebt der Hoffnung, daß man dieser wichtigen Maßregel künftig gedenken wird als eines blühenden Beweises von dem eifrigsten Streben des Parlaments, bei der Gesetzgebung für jedes der drei Königreiche auf die besonderen Umstände wohl Acht zu haben, und alle Interessen und Bestandtheile der Nation nach den Grundsätzen unparteiischer Gerechtigkeit zu behandeln. S. Maj. hegt die feste Zuversicht, daß dieses Gesetz das Werk des Friedens in Irland fördern und dazu beitragen werde, alle dortigen Volksklassen in jener brüderlichen Eintracht mit ihren englischen und schottischen Mitunterthanen zu einigen, welche je und allezeit die Hauptquelle der Kraft für dieses ausgedehnte Reich bilden. . .“

— Sept. Neue Agitation der Fenier in Irland.

23. Oct. Lord Derby †. Die Torypartei verliert in ihm ihren anerkannten Führer.

— „ Die irische Hochkirche ist damit beschäftigt, sich, nachdem sie die Eigenschaft einer Staatskirche verloren hat, auf neuer Grundlage als unabhängiger Körper zu constituiren.

— „ In Irland sind Amnestie-Meetings für die noch nicht amnestirten Fenier und Meetings in Sachen der Landfrage überall an der Tagesordnung. In den Pächterversammlungen wird meist für permanente Pachtverträge agitirt.

8. Nov. Der Besuch des Königs und der Königin der Belgier gestaltet sich durch die Aufnahme derselben Seitens des englischen Volkes zu einer Art Demonstration und zu einem politischen Ereigniß.

26. „ In Tipperary (Irland) wird der gefangene Fenier Rossa ins Unterhaus gewählt.

10. Dec. Die Regierung sieht sich vorsichtshalber veranlaßt, Angesichts einer beabsichtigten orangistischen Demonstration den Belagerungszustand in einem Theile der Grafschaft Londonderry (Irland) zu proclamiren.

23. „ In Lancashire (England) werden Versuche von Feniern, die Waffendepots zu überfallen, vereitelt.

27. „ Die Regierung veröffentlicht einen neuen Depeschenwechsel mit der nordamerik. Union bez. der Alabamafrage. Beide Regierungen wahren ihren früheren Standpunkt, keine macht Ausgleichsvorschläge.